

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 28. September 1994

2883. Forstwesen (Abgrenzung von Wald und Bauzonen)

Gemäss Art. 10 Abs. 2 des Waldgesetzes vom 4. Oktober 1991 (WaG) ist bei der Revision von Nutzungsplänen nach dem Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung eine Waldfeststellung in jenem Bereich anzuordnen, wo Bauzonen an den Wald grenzen oder in Zukunft grenzen sollen. Die Waldgrenzen sind in den Nutzungsplan einzutragen. Neue Bestockungen ausserhalb dieser Waldgrenzen gelten nicht als Wald (Art. 13 Abs. 2 WaG).

In der Gemeinde Dägerlen sind alle an die Bauzonen grenzenden Bestockungen vorschriftsgemäss überprüft worden. Es grenzen keine Wälder an die Bauzonen. Diese Feststellung wurde öffentlich bekanntgemacht. Es sind keine Einsprachen erfolgt.

Auf Antrag der Direktion der Volkswirtschaft

beschliesst der Regierungsrat:

I. Es wird festgestellt, dass in der Gemeinde Dägerlen keine Wälder an die Bauzonen grenzen.

II. Die Gemeinde Dägerlen wird eingeladen, diesen Beschluss im kantonalen Amtsblatt und in den üblichen Publikationsorganen der Gemeinde öffentlich bekanntzugeben und dabei darauf hinzuweisen, dass die Waldfeststellung des Regierungsrates innert dreissig Tagen mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht angefochten werden kann.

III. Mitteilung an den Gemeinderat Dägerlen, 8471 Rutschwil, das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, Eidgenössische Forstdirektion, 3003 Bern, den Schweizerischen Bund für Naturschutz, Wartenbergstrasse 22, 4052 Basel, den Schweizer Heimatschutz, Postfach, 8032 Zürich, sowie an die Direktionen der öffentlichen Bauten und der Volkswirtschaft.

Zürich, den 28. September 1994



Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:

i. V.
Hirschi